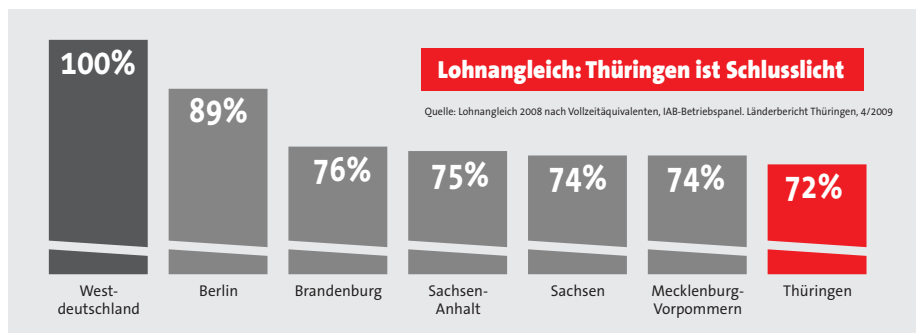


SPD-FRAKTION KÄMPFT GEGEN BILLIGLÖHNE



Immer mehr Menschen müssen trotz guter Ausbildung von Hungerlöhnen leben. „Wir müssen wirksame Schritte gegen diesen Trend gehen“, sagt Christoph Matschie und kündigt als ersten Schritt für die bevorstehende Legislatur ein Thüringer Mindestlohngesetz an. Er verweist auf eine aktuelle Studie des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) in Duisburg, nach der die Zahl der Beschäftigten mit Niedriglöhnen 2008 im Vorjahresvergleich bundesweit um 350 000 auf 6,5 Millionen Menschen gestiegen ist.

„Es ist nicht hinnehmbar, dass viele Menschen für extrem niedrige Löhne arbeiten müssen“, sagt Matschie. In Thüringen würden mit 72 Prozent vom Westniveau bundesweit die niedrigsten Löhne gezahlt. Laut DGB arbeiten mehr als 40 Prozent der Thüringer Beschäftigten im Niedriglohnsektor und verdienen weniger als 7,62 Euro. Matschie bekräftigt: „Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn, der in ganz Deutschland gilt. Wir wollen als erste Initiative in der neuen Legislatur ein Thüringer Mindestlohngesetz auf den Weg

bringen. Damit soll für öffentliche Aufträge ein eigener Mindestlohn als untere Schutzgrenze gelten. Wir beginnen bei öffentlichen Aufträgen und wollen Vorbild für alle Wirtschaftsbereiche sein, auf Existenz sichernde Löhne zu achten.“

Der Thüringer Mindestlohn soll alle zwei Jahre einstimmig durch eine unabhängige Kommission vorgeschlagen und durch den Arbeitsminister festgesetzt werden. Orientierungsmarke ist die DGB-Forderung von 7,50 Euro pro Stunde.

Christoph Matschie drängt mit einem breiten Bündnis aus Gewerkschaften und Arbeitgebervertretern darauf, dass sich in Thüringen der Schutz von Tarifverträgen verbessert. Das steigert auch das Lohnniveau. Hier werden bisher 53 Prozent der Beschäftigten nach einem Branchen- oder einem Haus-, beziehungsweise Firmentarifvertrag bezahlt. In Westdeutschland sind es 63 Prozent der Arbeitnehmer, die diesen Schutz genießen. Inzwischen wirbt auch der Verband der Wirtschaft Thüringens für eine stärkere Tarifbindung.

KOMMENTAR

NEUE KRAFT

Thüringen braucht eine gemeinsame Kraftanstrengung von Politik und Wirtschaft zur Stärkung des Standortes. Die Wirtschaft stemmt sich gegen die Krise.



Engagierte Unternehmer und motivierte Beschäftigte kämpfen gemeinsam um die Zukunft ihrer Betriebe.

Nach der aktuellen Analyse des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) wird die ostdeutsche Wirtschaft von der Finanzkrise voll erfasst – mit negativen Folgen für den Arbeitsmarkt.

Wir brauchen jetzt klare Schritte, wie Thüringen mit neuer Kraft aus der Krise kommt. Mit meinen Leitgedanken – zusammengefasst im Papier „Neue Kraft für Thüringens Wirtschaft“ – stehe ich im Dialog mit Wirtschaftsvertretern und habe positive Rückmeldungen, zum Beispiel aus dem Verband der Wirtschaft. Nur die CDU-Landesregierung meint, eine solche Debatte sei unnötig.

Ich will für Thüringen ein neues Landesmarketing und starke Technologie-Netzwerke für die Unternehmen. Thüringen braucht die Energiewende und einen Vorsprung bei der Entwicklung sauberer Technik und ökologischer Industriepolitik. Ich will Thüringen zum grünen Motor Deutschland machen.

Christoph Matschie

Wir machen Thüringen fit für die Zukunft.

Freistaat mit mehr Gerechtigkeit, Energie-Wende und Sicherheit modernisieren.

WEICHEN IM FREISTAAT JETZT STELLEN

Thüringen, das kleinste aller Bundesländer, neu denken – dieser Herausforderung hat sich die SPD in den zurückliegenden Jahren gestellt. Drei Schwerpunktthemen hat die Fraktion für Thüringens Zukunft ausgemacht: die Familienpolitik, die Bildung sowie eine nachhaltige Energiepolitik.

Wie gehen wir mit unserem wertvollsten Kapital, den Kindern, um? Wie fair ist unser Freistaat? Sind die Startbedingungen wirklich gleich, egal, ob ein Kind aus einer wohlhabenden oder armen Familie kommt? Wie bekommen Kinder die beste Bildung, wie können sie optimal unterstützt werden, auch wenn sie unter schwierigen Bedingungen aufwachsen?

Und dann: Wo liegt die wirtschaftliche Zukunft des Freistaats? Ist die boomende Solarindustrie nicht in zweifacher Hinsicht Erfolg versprechend – für Wirtschaft und Umwelt - hier, im Grünen Herzen? Nicht zuletzt: Wie sicher können sich die Menschen im Freistaat fühlen, angesichts des eklatanten Personalmanagements bei der Polizei und dem anhaltend hohen Krankenstand?

Auf fünf Zukunftskonferenzen sind diese und weitere Themenfelder (siehe Kasten rechts) mit Experten aus Wirtschaft, Kultur, mit Wissenschaft und Bürgern diskutiert worden. Das Ergebnis: Thüringen kann den Sprung in die „erste Liga“ der Bundesländer schaffen. Vorausgesetzt, die Weichen werden richtig gestellt. Und zwar jetzt.

SPANNENDE DEBATTEN AUF FÜNF ZUKUNFTSKONFERENZEN

September 2008:

Gerechtigkeit muss wachsen! Wir tun was für gleiche Bildungschancen und gegen Kinderarmut

November 2008:

Gesund, aktiv und selbst bestimmt! In Würde alt werden in Thüringen

Dezember 2008:

Mit dem Zukunftsatlas auf Wachstumskurs! Wir sichern die Fachkräfte für einen neuen Aufschwung in Thüringen

April 2009:

Neue Energie für Thüringen! Wir sorgen für den Durchbruch ökologischer Technologie

Mai 2009:

Starke Städte – lebenswertes Land! Wir sorgen für leistungsfähige Kommunen

Für gerechte Chancen. Von Anfang an!

AKTIONSPLAN DER SPD-FRAKTION

- 1. Kein Kind ohne Mahlzeit.** Land und Kommunen gewährleisten gemeinsam, dass jedes Kind ein gesundes Mittagessen erhält.
- 2. Für jedes Kind gute Bildung und Betreuung von Anfang an.** Das Land schafft die Grundlagen für die zusätzlich benötigten 2000 Personalstellen.
- 3. Alle besser fördern, kein Kind frühzeitig „aussortieren“:** Mit längerem gemeinsamen Lernen bis einschließlich Klasse 8 werden alle Kinder besser gefördert.
- 4. Kein Kind wird ausgeschlossen.** Das Land unterstützt arme Kinder bei der Teilnahme an kostenpflichtigen Schulveranstaltungen und der Beschaffung von Schul- und Lernmaterialien.
- 5. Kein Kind bleibt allein,** Kindertageseinrichtungen sollen sich zu Familienzentren entwickeln.



Von Anfang an hat die SPD-Fraktion das Volksbegehren „Für eine bessere Familienpolitik“ tatkräftig unterstützt. Hier der Start der letzten Unterschriftensammlung im Mai dieses Jahres in Erfurt. Zu den Erstunterzeichnern gehörten Christoph Matschie (links) und Birgit Pelke (rechts).



Kindergärten besucht Christoph Matschie regelmäßig. Er mag Kinder und setzt sich mit der SPD-Fraktion seit langem für Verbesserungen in den Thüringer Kitas ein. 2000 Erzieherinnen fehlen in den Einrichtungen - die SPD-Fraktion machte deshalb Druck bei der Landesregierung.

Bessere Bildung für die Kleinsten.

Forderungen der SPD-Fraktion:

- Thüringen muss Kinderkrippen und Kindergärten stärker fördern
- Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem vollendeten ersten Lebensjahr
- Rahmenbedingungen für die praktische Umsetzung des Bildungsplans für Kinder bis 10 Jahre verbessern
- Mit neuen Ausbildungsgängen und Weiterbildungsangeboten die Ausbildung der Erzieherinnen stufenweise auf Fachhochschulniveau bringen



Matthias Machnig, Staatssekretär im Bundesumweltministerium (Bildmitte), besuchte Anfang Mai Erfurt. Gemeinsam mit Christoph Matschie (links neben Machnig) und Erfurter Unternehmern diskutierten er über Energiepolitik und Ökologie. Zum Besuchsprogramm gehörten Besuche bei den Firmen Ersol und PV Silikon.

Auf dem Weg zu einem vernünftigen Energiemix.

Forderungen der SPD-Fraktion:

- Bis 2020: Anteil der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch soll sich auf 40 Prozent erhöhen
- Vom Landwirt zum Energiewirt: Energiebeitrag aus Biomasse wird erhöht
- Strom und Wärme vom Dach: Photovoltaik in Thüringen wird massiv ausgebaut
- Effiziente Windkraft: Windkraft wird noch besser genutzt
- Optimierung der Wasserkraft: Bereits bestehende Anlagen werden optimiert



Innere Sicherheit ist ein wichtiges Politikfeld. Bereits vor zwei Jahren besuchten Abgeordnete der SPD-Fraktion deshalb die hochmoderne Rettungsleitstelle in Suhl.

Den Freistaat sicherer machen.

Forderungen der SPD-Fraktion:

- Kontaktbereichsbeamte vor Ort - statt flächendeckender Videoüberwachung
- Verfassungsschutz stärker kontrollieren - Parlamentarische Kontrollkommission aufwerten
- Personalabbau bei der Polizei stoppen
- Beamte der Thüringer Polizei bundesweit vergleichbar bezahlen
- Arbeitsbedingungen für Frauen in der Polizei verbessern

FACHKRÄFTESERVICE VERSCHLUCKT STEUERGED

Wirtschaftspolitiker Schubert kritisiert dürftige Ausbeute



Regelmäßig besucht Wirtschaftspolitiker Dr. Hartmut Schubert (links) Unternehmen im Freistaat. Anfang Februar sah er sich bei „alpha Tec“ in Artern um.

Völlig ungenügend ist nach Ansicht des SPD-Wirtschaftsexperten Dr. Hartmut Schubert die Bilanz des Projektes „Unternehmer- und Fachkräfteservice“ der Landesregierung. „Seit Januar 2008 sind weniger als 200 Arbeitsvermittlungen vorgenommen, dafür aber mehr als drei Millionen Euro ausgegeben worden“, kritisiert Schubert: „So wird öffentliches Geld verschleudert.“

In der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage des Abgeordneten hatte die Landesregierung Anfang Juli eingeräumt, dass im Zeitraum von Anfang Januar 2008 bis Ende Mai 2009 mit dem Projekt lediglich 172 Personen in Thüringen in Arbeit vermittelt worden seien. 62 Menschen habe man zur Rückkehr

nach Thüringen bewegen können. 24 Mitarbeiter des Unternehmer- und Fachkräfteservices an vier Standorten in Thüringen seien mit dieser Aufgabe betreut gewesen. Die Landesregierung hatte den der Landesentwicklungsgesellschaft unterstellten Fachkräfteservice zunächst als Modellprojekt in Nordthüringen angesiedelt, diesen dann aber ohne Evaluation auf ganz Thüringen ausgedehnt. Schubert hatte von Anfang an vor ineffektiven Doppelzuständigkeiten gewarnt: „Institutionen wie Handwerkskammer sowie Industrie- und Handelskammer, Agentur für Arbeit oder private Arbeitsvermittler sind mit Sicherheit wirkungsvoller und weniger kostenintensiv.“

KULTUSMINISTER MANIPULIERT DIE ÖFFENTLICHKEIT

Zahlentrickserei bei der Neueinstellung von Lehrern wirft Bildungspolitiker Hans-Jürgen Döring Thüringens Kultusminister Müller vor. Müller hatte verkündet, dass Thüringen im Schuljahr 2009/10 insgesamt 111 Pädagogen neu einstellen werde. Da diese Anstellungen aber nicht in Vollzeit erfolgen sollen, sondern entsprechend der gültigen Floatingverträge lediglich in Teilzeit, entspricht diese Zahl nach Dörings Berechnungen lediglich 89,45 Vollzeitstellen. „Das widerspricht eindeutig einem Landtagsbeschluss vom 3. April“, kritisiert der Bildungsexperte. Das Parlament hatte seinerzeit mit den Stimmen der CDU-Mehrheit beschlossen, im neuen Schuljahr „Lehrer im Umfang von mindestens 100 Vollzeitbeschäftigten neu einzustellen“.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Fraktion im Thüringer Landtag.
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Telefon: (0361) 3 77 23 36; Fax: (0361) 3 77 24 17
Internet: www.spd-thl.de

V.i.S.d.P.: Uwe Höhn, Parlamentarischer Geschäftsführer;
Satz: Dirk Malewski; Druck: Druckerei Jäcklein, Erfurt
Redaktionsschluss: 10.08.2009

„inform“ erscheint als kostenloses Mitteilungsblatt der SPD-Landtagsfraktion in einer Auflage von 6.500 Exemplaren.
Nicht für Parteizwecke und Werbung!

Nachruf

Trauer in der Thüringer SPD: Mit 66 Jahren ist der ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete Klaus Borck überraschend verstorben. Borck - zu Wendezeiten Mitbegründer der SDP in Bad Langensalza und Mitglied des dortigen Runden Tisches - war von 1994 bis 1999 Mitglied der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag. Nach seinem Ausscheiden aus dem Landtag 1999 betreute er kurzzeitig das Wahlkreisbüro des früheren Innenministers und Landtagsabgeordneten Richard Dewes; eine Tätigkeit im Wahlkreisbüro von Dr. Alfred Müller schloss sich an. Zuletzt arbeitete der gelernte Tiefbauingenieur als Trauerredner.



Viele Jahre - von 1990 bis 2009 - engagierte er sich im Kreistag des früheren Landkreises Bad Langensalza und im späteren Unstrut-Hainich-Kreis. Er war zudem zeitweilig Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Bad Langensalza und Kreisvorsitzender der SPD. Seine politischen Wurzeln hatte Borck in einer Basisgruppe, in der er während der „Wende“ 1989 Friedensgebete in der Bad Langensalzaer Bergkirche organisierte. Menschen, die Borck gut kannten, beschreiben ihn als freundlich und kontaktfreudig. Er mochte Musik - Borck sang im Gospelchor der Gemeinde Thamsbrück - und war engagiertes Mitglied der Kirchgemeinde von Bad Langensalza. Und er war hilfsbereit - wer in Not geriet, durfte auf ihn zählen.

Klaus Borck hinterlässt seine Ehefrau und vier Kinder. Ihnen gilt das Mitgefühl der SPD-Fraktion.